

Projektbericht

Bachelet, Gauck und Männle eröffnen Forum der deutschen Politischen Stiftungen in Chile

In Zusammenarbeit mit den sechs deutschen Politischen Stiftungen veranstaltete das chilenische Präsidialamt am 12. und 13. Juli 2016 im ehemaligen Kongressgebäude in Santiago de Chile ein Forum zum Thema „Desafíos para la democracia“ (Herausforderungen der Demokratie).

Dieses deutsch-chilenische Forum eröffneten die chilenische Staatspräsidentin, Michelle Bachelet, und der deutsche Bundespräsident, Joachim Gauck, der sich auf einem Staatsbesuch in Chile befand.

Die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS), Prof. Ursula Männle, die sich vom 7. bis zum 15. Juli in Peru und Chile aufhielt, erläuterte in Vertretung aller deutschen Politischen Stiftungen deren Rolle: „Die Grundidee der Politischen Stiftungen lautet: Demokratie und Freiheit!“ Darin spiegelte sich, so betonte sie, die Erkenntnis der deutschen Geschichte, dass eine lebensfähige Demokratie lebendige Demokraten brauche.

Über das Thema „Constituciones para democracias estables“ (Verfassungen für stabile Demokratien) sprach Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig von der Philipps-Universität Marburg.

Im Rahmen ihres Projektbesuchs nahm Prof. Ursula Männle am 12. Juli an einem Staatsbankett teil, zu dem Michelle Bachelet in den Präsidentenpalast Palacio de La Moneda eingeladen hatte. Am 13. Juli wurde im Club de la Unión im Beisein von Joachim Gauck und Prof. Ursula Männle der 100. Geburtstag der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer (CAMCHAL) begangen, den CAMCHAL und Hanns-Seidel-Stiftung gemeinsam organisierten. Am selben Tag war Prof. Ursula Männle zu einem Empfang eingeladen, der von Joachim Gauck und Daniela Schadt in der Residenz des deutschen Botschafters Rolf Peter Gottfried Schulze ausgerichtet wurde.

Joachim Gauck warb in seinen Reden nachdrücklich für das deutsche Wirtschaftsmodell, die Soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhards: „Erfolgreiche Unternehmer schauen nicht nur auf den kurzfristigen Erfolg. Sie wissen, dass sie auch gesellschaftliche Verantwortung tragen.“ Ein Beispiel für unternehmerische Verantwortung sei das Prinzip der Sozialpartnerschaft, erläuterte der Bundespräsident. In der Bundesrepublik Deutschland sei der konstruktive Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften seit Jahrzehnten ein Stützpfiler der

Sozialen Marktwirtschaft. Die Erfahrung zeige, wenn beide Seiten auf Augenhöhe kooperierten und gemeinsam nach Kompromissen suchten, dann trage das nicht nur zu wirtschaftlichem Erfolg und zukunftsfähiger Beschäftigung bei. Es begünstige auch den sozialen Frieden und fördere eine lebendige Bürgergesellschaft.

Im „Museo de Memoria y los Derechos Humanos“ (Museum der Erinnerung und der Menschenrechte) informierte sich Prof. Ursula Männle über die Zeit des Militärputsches (1973) und der Pinochet-Diktatur (1973 – 1990). Die Präsentation des Museums orientiert sich in erster Linie an den Berichten der chilenischen Wahrheitskommission, d.h. der Rettig-Kommission, die das Schicksal der Verschwundenen und Ermordeten während der Pinochet-Diktatur festhielt, sowie der Valech-Kommission, die später versuchte, die zahlreichen Folteropfer zu dokumentieren. Kein anderes lateinamerikanisches Land hat bisher der Erinnerung an die Verbrechen der Vergangenheit so prominenten Platz eingeräumt.

Außerdem traf sich Prof. Ursula Männle mit chilenischen Politikern, wie etwa dem früheren Staatspräsidenten (2010 – 2014) und potentiellen Präsidentschaftskandidaten, Sebastián Piñera. Gesprächsthemen waren u.a. die politische und wirtschaftliche Lage Chiles, der Brexit sowie die europäische Flüchtlingskrise. Sebastián Piñera war als chilenischer Staatspräsident in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Insbesondere seine wirtschaftliche Bilanz war mit realen Wachstumsraten von über fünf Prozent und einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit beachtlich. Weiter führte sie Gespräche mit dem Abgeordneten und Präsidenten der Partei „Renovación Nacional“, Cristián Monckeberg, dem Senator Manuel José Ossandón, dem Abgeordneten José Antonio Kast und der Präsidentin der Partei „Partido Regionalista Independiente“, Alejandra Bravo.

Im Rahmen ihrer Projektreise besuchte Prof. Ursula Männle eine Bildungsveranstaltung des HSS-Projektpartners „Instituto Libertad“ im Süden Chiles. Dort informierte sie sich auch beim Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Georg Wammes, sowie dem ehemaligen Senator und ehemaligen Abgeordneten Carlos Ignacio Kuschel über die Geschichte der deutschen Einwanderer sowie deren heutige Rolle.

Davor hatte Prof. Ursula Männle bereits das HSS-Projekt in Peru besucht. Einer der zentralen Programmpunkte war hier die offizielle Vorstellung des neuen HSS-Auslandsmitarbeiters Philipp Fleischhauer, der in den nächsten Jahren für die Stiftungsaktivitäten in Bolivien, Ecuador und Peru verantwortlich sein wird. Bisher war Philipp Fleischhauer in diesen Ländern als Projektassistent tätig.

In der Residenz des deutschen Botschafters Jörg Ranau erörterte Prof. Ursula Männle mit ihm und dem Vizepräsidenten der Deutsch-Peruanischen Industrie- und Handelskammer, Eduardo Benavides, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage Perus.

Neben Repräsentanten von HSS-Projektpartnern traf sich Prof. Ursula Männle mit Keiko Fujimori, der Tochter des ehemaligen peruanischen Präsidenten Alberto

Fujimori. Keiko Fujimori kandidierte bei den diesjährigen Präsidentschaftswahlen. Im ersten Wahlgang belegte sie vor Pedro Pablo Kuczynski und Verónica Mendoza den ersten Platz, verfehlte aber mit 39,2% der Stimmen die absolute Mehrheit, was eine Stichwahl erforderlich machte. Im zweiten Wahlgang unterlag sie knapp Pedro Pablo Kuczynski, der mit 50,12% der Stimmen zum neuen peruanischen Staatspräsidenten gewählt wurde. Bei den diesjährigen Parlamentswahlen gelang es Fujimoris Partei, der „Fuerza Popular“, 71 von 130 Sitzen zu erringen.

Autor: Prof. Dr. Klaus Georg Binder

Der Autor ist Leiter des Referats V/4 Lateinamerika des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

IMPRESSUM

Erstellt: 20. Juli 2016

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de